Landtag von Niederösterreich
Landtagsdirektion
Eing.: 14.06.2018
Ltg.-203/V-6/43-2018
~~Ausschuss~~

Antrag

der Abgeordneten **Aigner, Ing. Huber, Königsberger, Dorner, Handler, Schnedlitz, Vesna Schuster, Mag. Teufel**

zur Gruppe 5 des Voranschlages des Landes Niederösterreich für das Jahr 2019, Ltg. 203/V-6-2018

betreffend: **Anti-Atom Offensive gegen Atommüllendlager in Grenznähe**

Seit Jahren droht an der Grenzregion zum Waldviertel ein Atommüllendlager zu entstehen. Nachdem die Ausbaupläne zuletzt immer konkreter wurden, wird die tschechische Regierung demnächst ihre Entscheidung über den Standort ihres Atommüllendlagers treffen. Der NÖ Landtag und die NÖ Landesregierung sprachen sich bis dato immer vehement gegen dieses Vorhaben aus.

Nun gibt es bereits konkrete Pläne für das Endlager am Standort Cihadlo, der weniger als 30 Kilometer von Gmünd entfernt ist. Nach diesen Plänen geht es um weit mehr als nur ein Endlager. Das geplante Areal soll rund 35 Hektar groß sein und umfasst einige Dutzend Bauten bis hin zu einem eigenen Bahnanschluss.

Cihadlo ist einer von derzeit neun Standorten, die bis dato noch infrage kommen. Diese sollen noch heuer auf vier eingegrenzt werden und 2019 sollen zwei weitere potenzielle Standorte wegfallen. Dazu läuft im Hintergrund die Debatte über eine Erweiterung des AKW Dukovany. Faktum ist, dass es kein sicheres Endlagersystem gibt und Niederösterreich liegt mitten in einer Gefahrenzone. Im Interesse einer sicheren Zukunft unseres Bundeslandes sowie der Gesundheit der Niederösterreicher und kommender Generationen muss die grenznahe Atommüllendlagerung mit allen Mitteln verhindert werden. Jetzt geht es darum, endlich Nägel mit Köpfen zu machen und der jahrzehntelangen Diskussion ein für alle Mal ein Ende zu setzen.

Die Gefertigten stellen daher folgenden

Antrag:

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

„1. Der NÖ Landtag spricht sich im Sinne der Antragsbegründung entschieden gegen ein Atommüllendlager in Grenznähe aus.

2. Die NÖ Landesregierung wird im Sinne der Antragsbegründung beauftragt, alle zur Verfügung stehenden Maßnahmen zu ergreifen, um ein Atommüllendlager an der Grenzregion zu verhindern.“